

Einer Elternzeit steht die CVP im Weg

Nach dem Ja zum Vaterschaftsurlaub wollen einige weitergehen – auf nationaler Ebene gibt es dafür aber keine Mehrheit

ANGELIKA HARDEGGER

Pragmatisch, machbar, mehrheitsfähig, wirtschaftskompatibel, zeitgemäss: So haben ihn die Befürworter gezeichnet, den zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub, immer gutschweizerisch, immer im Sinne eines helvetischen Kompromisses. Die Strategie ist aufgegangen: Der Vaterschaftsurlaub wird Realität. Das Stimmvolk hat die zwei Wochen «Papizeit» mit 60,3 Prozent gutgeheissen – die Romandie viel deutlicher als die Deutschschweiz.

Das Stimmvolk hat damit unaufgeregt für gut befunden, was das Parlament beschlossen hatte. Ähnlich unaufgeregt trat am Sonntag der Familienminister Alain Berset auf: An der Pressekonferenz in Bern sagte er, das Ja sei eine «sehr gute Nachricht für die Familien», keine Frage, fertig. Der Auftritt von Berset in Bern war so sec, dass er den Eindruck entstehen liess, die Schweiz habe am Sonntag einen politischen Selbstläufer beschlossen. Doch der Vaterschaftsurlaub ist alles andere als das: Über dreissig Vorstösse für eine Vaterzeit oder einen Elternurlaub waren im Parlament in den vergangenen Jahren eingereicht worden – alle erfolglos.

«Absolutes Minimum»

Die SVP-Nationalrätin Diana Gutjahr hat das Referendum gegen den Vaterschaftsurlaub ergriffen. Der Kampf habe sich trotz Niederlage gelohnt, sagte sie: «Es ist klar, dass es um viel mehr geht als um «nur» zwei Wochen Urlaub: Es geht um vier, acht, zwölf, über dreissig Wochen Elternzeit, wie Linke fordern.» Der Abstimmungssieger Adrian Wüthrich vom Gewerkschaftsdachverband Travail Suisse gab ihr am Sonntag recht. Er sprach von einem «absoluten Minimum». Wenn der Vaterschaftsurlaub 2021 eingeführt wird, wird also längst eine neue Frage im Fokus stehen: Kommt in der Schweiz auch eine Elternzeit?

Die SP, die Grünen und die Grünliberalen fordern schon lange eine Elternzeit von mehreren Monaten. Die GLP schlägt je 14 Wochen für Mütter und Väter vor, sofern beide Elternteile nach der Geburt erwerbstätig bleiben. Die IG Elternzeit um die Demokratie-Aktivistin Daniel Graf und Che Wagner will im Dezember einen Initiativtext vorstellen,



Werden Väter bald noch mehr Zeit erhalten, um sich um die Kinder zu kümmern? Die CVP ist dagegen – «im Moment». G. BALLY/KEYSTONE

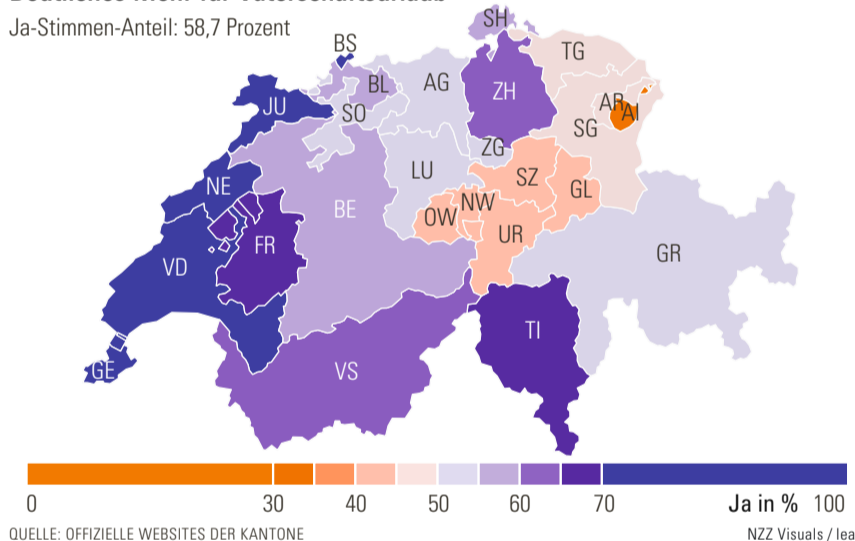
der je 16 Wochen bezahlte Elternzeit für Mutter und Vater verlangt.

Ohne die Mitte geht es nicht

Das Beispiel Vaterschaftsurlaub hat aber gezeigt: Ohne die Mitte ist in der Schweizer Gesellschafts- und Familienpolitik kaum etwas zu reissen. Das Volk hat dem Vaterschaftsurlaub klar zugestimmt, aber nicht überdeutlich, zumindest nicht in der Deutschschweiz. Es war die CVP, welche die zwei Wochen mehrheitsfähig gemacht hat. Und für eine Elternzeit von mehreren Monaten hat die Partei zurzeit kaum Sympathien. Die CVP lehnte im Parlament schon vier (statt zwei) Wochen Vaterschaftsurlaub ab. Nationalrat Martin Candinas, Vater des Zwei-Wochen-Kompromisses, sagte damals zu einer mehrmonatigen Elternzeit: «Solche Ideen kann und darf sich

Deutliches Mehr für Vaterschaftsurlaub

Ja-Stimmen-Anteil: 58,7 Prozent



die Schweiz nicht leisten.» Am Abstimmungs-sonntag bestätigte Andrea Gmür, die Fraktionschefin der CVP: «Weitere Ausbauschritte? Im Moment ganz sicher nicht.» Gmür verwies auf den Zustand der Sozialwerke und sagte: «Wir müssen das Wünschbare und Machbare trennen.» Elternzeit-Modelle, wie die Linken sie forderten, seien für sie zurzeit «ein absolutes No-Go».

So bald wird eine mehrmonatige Elternzeit in der Schweiz also kaum mehrheitsfähig. Vorstellbar ist aber, dass das Spiel neu losgeht: Eine Elternzeit-Initiative fordert eine Maximalvariante, das Parlament reagiert – und heraus kommt ein neuer Kompromiss, etwa ein längerer Vaterschaftsurlaub. Für so ein Powerplay braucht es eine geeinte, schlagkräftige Allianz für die Elternzeit. Doch die Befürworter sind sich uneins über zentrale Fragen: Wie viele Wochen fordern? Und wie viel davon soll frei aufteilbar sein?

Föderaler Ansatz als Lösung?

Eine rosigere Zukunft könnte die Elternzeit in urbanen Kantonen haben. Die SP hat in Zürich, Luzern und Bern schon Initiativen für eine Elternzeit innerhalb der Kantons Grenzen lanciert. Die Berner Sozialdemokraten verlangen total 38 Wochen Elternzeit, die Zürcher je 18 Wochen für Mütter und Väter. Doch viel mehr Chancen hätten solche Anliegen in der Westschweiz oder in Basel. Die Waadt sagte am Sonntag mit 81,6 Prozent Ja zum Vaterschaftsurlaub, Genf mit 79,4 Prozent, Basel-Stadt mit 71,6 Prozent. Dagegen lehnte die ländliche Deutschschweiz den zweiwöchigen Urlaub teilweise deutlich ab. Ein föderaler Ansatz bei der Elternzeit könnte diesem Graben gerecht werden. Schon die Mutterschaftsversicherung wurde zuerst in einzelnen Kantonen eingeführt, bevor die Schweizer Stimmbewölkerung einer landesweiten Versicherung zustimmte.

Das Problem ist nur: Bis anhin ist ungeklärt, ob die Kantone eigenmächtig eine Elternzeit einführen dürfen. Der Nationalrat hat sich 2019 dagegen ausgesprochen. Die Forderung nach mehr Kompetenzen für die Kantone wird aber erneut aufkommen. Der Jura hat bereits eine Ständesinitiative eingereicht. Dort haben am Sonntag 74,6 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Vaterschaftsurlaub angenommen.

Es gibt bereits einen Plan B im Parlament

Die Erhöhung der Kinderabzüge fällt überaus deutlich durch – doch die Chancen für eine Alternative stehen gut

LARISSA RHYN, BERN

Gegen höhere Kinderabzüge will sich normalerweise keiner stellen. Die Linke und einige Liberale haben es trotzdem gewagt. Sie ergriffen beziehungsweise unterstützten das Referendum gegen ein Paket, mit dem Kita- und Kinderabzüge bei der Bundessteuer erhöht werden sollten – und haben am Sonntag mit einem Nein-Stimmen-Anteil von rund 63 Prozent deutlich obsiegt.

Das Parlament hatte die Vorlage so umgestaltet, dass sie fast 40-mal teurer war als geplant: Statt auf 10 Millionen Franken wurden die geschätzten Steuerausfälle vor der Corona-Krise auf 380 Millionen beziffert. Der ursprüngliche Vorschlag stammte vom Bundesrat. Ihm ging es darum, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Kita, in einem Hort oder von einer Tagesmutter betreuen lassen, mehr Geld von den Steuern abziehen können. Doch im Parlament kam eine Komponente hinzu, die nichts mit Fremdbetreuung zu tun hat: Die allgemeinen Kinderabzüge sollten ebenfalls erhöht werden.

Alle Eltern sollten profitieren

Dieser Vorschlag stammte von CVP-Nationalrat Philipp Kutter. Er und seine Partei argumentierten, es sollten alle Eltern von Abzügen profitieren. Kon-

servative Familienmodelle sollten nicht benachteiligt werden. Eltern sollten pro Kind künftig maximal 10 000 statt wie bisher maximal 6500 Franken von der Bundessteuer abziehen können.

Weil über das ganze Paket abgestimmt wurde, ist nun auch die Erhöhung der Fremdbetreuungsabzüge gescheitert. Zurzeit müssen berufstätige Eltern häufig einen grossen Teil eines Zweiteinkommens für Kita-Plätze ausgeben, weshalb sich viele dafür entscheiden, die Kinder selbst zu betreuen. Dies übernimmt dann in den meisten Fällen die Mutter. Heute beträgt der Fremdbetreuungsabzug maximal 10 100 Franken, mit der Vorlage wären es neu 25 000 Franken gewesen. Auch Teile der Linken unterstützten im Parlament die Erhöhung der Fremdbetreuungsabzüge. Sie wehrten sich nur wegen der höheren Kinderabzüge gegen die gesamte Vorlage. Mitstreiterin war die GLP, die ein liberales Nein-Komitee gründete.

Interessant war von Anfang an die Position der FDP. Die Freisinnigen sagten im Nationalrat zweimal Nein, bei der dritten Abstimmung schwenkten sie auf ein Ja um – und verhalfen damit den Befürwortern eines höheren Kinderabzugs im Parlament zum Triumph. Die Freisinnigen hatten zunächst argumentiert, der Ausbau der Vorlage widerspreche dem ursprünglichen Ziel, Anreize für gut aus-

gebildete Frauen zu schaffen, damit sie nach der Geburt eines Kindes wieder arbeiten gingen. Schliesslich aber überwog für eine Fraktionsmehrheit das Argument, dass Steuern tiefer ausfallen und davon vor allem Gutverdienende profitieren. Nicht allen Freisinnigen passte dies. Mit Nationalrätin Christa Markwalder und Ständerat Andrea Caroni unterstützten zwei prominente freisinnige Par-

lamentarier das liberale Referendums-komitee. Markwalder hat diesen Sommer im Parlament einen Vorstoss eingereicht, mit dem sie bei einem Nein an der Urne die Fremdbetreuungsabzüge schnell wieder zur Diskussion stellen will. Diverse FDP- und GLP-Nationalräte unterstützen die parlamentarische Initiative.

Das klare Nein zur aktuellen Vorlage entmutigt Markwalder nicht. «Ich

glaube, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Paket nur zurück an den Absender schicken wollen.» Nun gelte es, das ursprüngliche Ziel der Vorlage zu verwirklichen: Das Parlament müsse Anreize schaffen, damit Eltern vermehrt erwerbstätig seien.

Die SP entscheidet

Da neben den Liberalen auch die Mitte-Fraktion die höheren Kita-Abzüge im Parlament unterstützt hatte, wird am Ende wohl die Position der Sozialdemokraten den Ausschlag geben. Markwalder meint: «Ich bin zuversichtlich, dass wir die SP ins Boot holen können.» Zwar hatten die Sozialdemokraten primär wegen der Erhöhung der allgemeinen Kinderabzüge das Referendum ergriffen. Doch ein Teil der Fraktion stand den Steuerabzügen generell kritisch gegenüber.

Nun bezieht Parteipräsident Christian Levrat auf Anfrage klar Position: «Wir werden den Vorschlag von Frau Markwalder unterstützen.» Dieser sei allerdings nur ein erster Schritt. «Wir brauchen Lösungen, die sich für die Mehrheit der Bevölkerung auszahlen. Das deutliche Nein zu den Kinderabzügen für Reiche zeigt das einmal mehr.» Kitas müssten massiv günstiger werden – wenn nicht gar gratis. Dies sei eines der nächsten Projekte der SP.

Klare Abfuhr für höhere Kinderabzüge

Ja-Stimmen-Anteil: 36,8 Prozent

